

Verbraucher und Automobilindustrie mit Euro 7 nicht über Gebühr belasten



Zur Entscheidung des EU-Ministerrates zu Euro 7 erklärt Reinhard Zirpel, Präsident des Verbandes der Internationalen Kraftfahrzeughersteller (VDIK): „Wir begrüßen, dass sich die EU-Minister auf eine ausgewogenere Position zur europäischen Abgasgesetzgebung geeinigt haben. Das ist eine deutliche Verbesserung gegenüber dem Vorschlag der Kommission, der moderne, saubere Fahrzeuge für die Verbraucher erheblich verteuern würde. Die Hersteller richten ihre Bemühungen darauf, die CO₂-Ziele und eine klimaneutrale Mobilität zu erreichen. Es wäre daher widersinnig, erst ein Ablaufdatum für den Verbrennungsmotor festzulegen und danach die Hersteller durch eine Verschärfung der Abgasnormen zu neuen umfangreichen Investitionen in diese Technologie zu zwingen.“

Dass der Ministerrat auf neue Abgas-Grenzwerte verzichten will, ist sinnvoll. Gleichwohl erweitert Euro 7 die bisherige Gesetzgebung deutlich, etwa durch völlig neue Grenzwerte für Brems- und Reifenabrieb, die dann auch für Elektrofahrzeuge

gelten sollen. Die EU-Institutionen sollten in den weiteren Beratungen darauf achten, die Automobilindustrie mit den neuen Regeln mitten in der Transformation nicht über Gebühr zu belasten. Auch die Bundesregierung sollte sich dafür einsetzen.“